



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

19.01.2022  
HHA

### Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Projekte gegen rechtsextreme Gewalt und Rassismus**

Einzelplan 02 Hessischer Ministerpräsident

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 02 05 Hessische Landeszentrale für politische Bildung  
Buchungskreis: 2130

Förderproduktnummer 1  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Staatliche politische Bildungsarbeit

**Veränderung**  
**von um auf**

**Leistungsplan:**

	<b>Beträge in 1.000 EUR</b>		
	von	um	auf
<b>Gesamtkosten</b>	6.164,6	+1.000,0	7.164,6
<b>Eigene Erlöse</b>	104,8	0,0	104,8
<b>Produktabgeltung</b>	6.059,8	+1.000,0	7.059,8

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

### Begründung des Änderungsantrags:

Demokratiebildung ist ein elementarer Bestandteil im Kampf gegen rechtsextreme Gewalt und Rassismus. Die Demokratiebildung muss in Schulen zwingend ausgebaut werden. Problematisch ist darüber hinaus, dass man Menschen, die der Demokratie kritisch gegenüberstehen, immer schlechter erreicht. In Erwägung zu ziehen ist insofern ein eigenes Referat für „aufsuchende politische Bildung“ in der Landeszentrale. Hier sollen u.a. Wege erarbeitet werden, um Menschen besser zu erreichen.

Wiesbaden, 19. Januar 2022

Für die Fraktion  
der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Günter Rudolph**